

Weiterbildungsgesetz

Zwei Gesetzesentwürfe im Vergleich

Seit 2007 beschäftigt sich Travail.Suisse intensiv mit dem Weiterbildungsgesetz. In regelmässigen Stellungnahmen haben wir unsere Ideen diesbezüglich entwickelt und unsere Position im Herbst 2009 in einem zusammenfassenden Bericht „Forderungen und Erwartungen an ein Weiterbildungsgesetz“¹ den Medien vorgestellt. Zwei Monate später hat auch der Schweizerische Verband für Weiterbildung SVEB einen Gesetzesentwurf präsentiert². Zwischen diesen beiden Berichten bestehen viele Überschneidungen, aber auch klare Unterschiede. Der folgende Artikel soll die wichtigsten Unterschiede benennen und bewerten.

Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie BBT hat vom Bundesrat die Aufgabe erhalten, ein Weiterbildungsgesetz auszuarbeiten. Travail.Suisse und SVEB haben Vorarbeiten geleistet, die bei der Entwicklung des bundesrätlichen Entwurfs sicherlich eine Rolle spielen werden. Worin bestehen jedoch die wichtigsten Unterschiede zwischen diesen beiden Berichten?

Weiterbildung für alle

Weiterbildung soll allen zugänglich sein. Darin stimmen die beiden Entwürfe von Travail.Suisse³ und SVEB⁴ überein. Der Weg dazu sieht allerdings unterschiedlich aus.

SVEB schlägt vor, dass Bund und Kantone Weiterbildungen unterstützen, für die ein besonderes öffentliches Interesse besteht⁵. Zudem hat „der Arbeitgeber ... dem Arbeitnehmer zur Weiterbildung nach dessen freien Wahl bezahlten Urlaub bis zu insgesamt einer Arbeitswoche im Jahr zu gewähren“⁶.

Aus Sicht von Travail.Suisse bringen diese SVEB-Regelungen aufs Ganze gesehen nicht das, was man sich davon verspricht. Travail.Suisse ist überzeugt, dass die grosse Mehrheit der Personen, welche heute keinen Zugang zur Weiterbildung finden, auch mit die-

¹ http://www.travailsuisse.ch/de/system/files/PK_231009_Positionspapier_Weiterbildung.doc

² Wie ein Weiterbildungsgesetz des Bundes aussehen könnte, Expertenbericht Christoph Reichenau, präsentiert von Schweizerischen Verband für Weiterbildung SVEB, Dezember 2009.

³ Vgl. Travail.Suisse S. 20 :

Das Weiterbildungsgesetz zielt darauf ab, das lebenslange Lernen für alle zu ermöglichen

⁴ Vgl. Expertenbericht Reichenau S. 10:

Art. 2 Ziele: Das Gesetz dient dazu:

a. das lebenslange Lernen zu ermöglichen und allen den Zugang zur Weiterbildung zu gewährleisten;

⁵ Vgl. Expertenbericht Reichenau S. 17.

⁶ Vgl. Expertenbericht Reichenau S. 20.

sen Regelungen von der Weiterbildung ausgeschlossen bleiben. Denn indem ein Recht auf Weiterbildung in einem Gesetz festgeschrieben ist und Bund und Kantone bestimmte Weiterbildungsmaßnahmen unterstützen, ist es illusorisch zu meinen, damit sei für alle der Zugang zur Weiterbildung gegeben. Die Hürden zur Weiterbildung sind vielfältiger, als dass mit Hilfe des Rechts zur Weiterbildung und punktuellen Unterstützungen alle Hürden übersprungen werden könnten.

Die SVEB-Regelungen ändern zum Beispiel die Weiterbildungskultur jener Betriebe nicht, welche ihre Mitarbeiter heute nicht zur Weiterbildung motivieren oder sogar durch ihr Verhalten diese an Weiterbildung hindern, indem sie die Arbeitnehmenden, die um eine Weiterbildung nachfragen, mit dem Hinweis: „Wir brauchen Sie im Betrieb, nicht in der Weiterbildung“ gezielt davon abhalten.

Travail.Suisse schlägt daher einen anderen Weg vor. Wir fordern neben der Unterstützung von bestimmten Personengruppen⁷ pro Jahr drei Tage obligatorische Weiterbildung für alle Arbeitnehmenden, finanziert durch die Arbeitgeber⁸. Eine solche Lösung

- führt zur Weiterbildung für alle Arbeitnehmenden. Es ist das einzige Konzept, welches das lebenslange Lernen für alle ermöglicht. Zwar auf einem tiefen Niveau. Aber es schliesst alle ein;
- schafft Angebote für Wenig-Qualifizierte. Heute stecken wir in einem Teufelskreis. Da die Arbeitgeber kaum in die Weiterbildung der Wenig-Qualifizierten investieren, entstehen auch keine Weiterbildungsangebote. Das hat zur Folge, dass die Wenig-Qualifizierten auch keine angemessenen Angebote finden, die sie nutzen können. So können die Wenig-Qualifizierten auch keine Weiterbildungen machen. Mit dem Obligatorium ändert sich das: Es wird eine Nachfrage entstehen, die auch zu Angeboten für Wenig-Qualifizierte führt;
- schafft die Basis für die Förderprogramme für bestimmte Zielgruppen. Die Idee, dass Bund und Kantone Weiterbildungen unterstützen, für die ein besonderes öffentliches Interesse besteht, könnte gerade dank dem Obligatorium zur Umsetzung kommen. Denn wegen dem Obligatorium wird man auf jene Personen aufmerksam, welche diese Förderprogramm nötig haben;
- verhindert die Wettbewerbsverzerrung. Heute gibt es Betriebe, die keine Weiterbildung ermöglichen, weil sie sich davon einen Wettbewerbsvorteil zum Beispiel bei öffentlichen Ausschreibungen erhoffen. Mit dem Obligatorium wird dem Trittbrettfahrer ein Riegel geschoben.

Projektfinanzierungen

Sowohl SVEB wie auch Travail.Suisse sehen vor, dass das zu schaffende Gesetz Projektfinanzierungen ermöglichen soll. Allerdings sind die Möglichkeiten der Projekte nach SVEB stark eingeschränkt. Beim SVEB geht es nur um Projekte, die sich um die Weiterbildung „an sich“ drehen: „ihre Zugänglichkeit bzw. Erreichbarkeit für alle, ihre innere pä-

⁷ Vgl. Travail.Suisse, S. 31f.

⁸ Vgl. Travail.Suisse S. 26-29.

dagogische und didaktische Ausgestaltung, die ständige Aktualisierung der Inhalte und auch die Art und Weise, wie die Nachfrageseite unterstützt werden kann. Es geht sozusagen um <Schulversuche> im Bereich der Weiterbildung.“⁹

Travail.Suisse schliesst solche Arten von Projekten nicht aus. Die Projekte können die Weiterbildung ganz im Sinne von SVEB fördern. Projekte sollen aber auch wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen durch Weiterbildung fördern können, z.B. im Bereich der Elternbildung oder der politischen Bildung etc. Es soll möglich sein, mit Hilfe von Projektgeldern gesellschaftliche und wirtschaftliche Problemlösungen über Weiterbildung anzustossen.¹⁰

Höhere Berufsbildung

Der Vorschlag des SVEB zählt die Höhere Berufsbildung zur Weiterbildung¹¹. Nach Travail.Suisse ist das eine strategische Fehlentscheidung¹². Die Höhere Berufsbildung gehört ins formale Bildungssystem, nicht ins Weiterbildungssystem. Niemand kommt auf die Idee, einen Studiengang an einer Fachhochschule als Weiterbildung zu bezeichnen, obwohl auch die Fachhochschule wie die Höhere Berufsbildung in der Regel an eine Lehre anschliesst. Die Höhere Berufsbildung muss als Tertiär B in Parallele zur Tertiär-A-Stufe gedacht werden. Dann gibt man ihr den richtigen Platz im Bildungssystem. Wer sie ins Weiterbildungssystem einordnet, wertet sie ab. Wir müssen die Höhere Berufsbildung aufwerten, indem wir sie klar und deutlich in die Tertiärstufe einbinden.

Eidgenössische Abschlüsse

SVEB führt mit seinem Gesetzesentwurf einen neuen eidgenössischen Abschluss ein. Weiterbildungen sollen zu einem Weiterbildungsabschluss mit eidgenössischer Anerkennung führen¹³. SVEB versucht damit, die Weiterbildung zu einem Teil des formalen Bildungssystems zu machen¹⁴. Der Gedanke ist sicherlich interessant. Aber ist er auch sinnvoll?

Sollte nicht (erstens) eher versucht werden, dass Weiterbildungsleistungen in der beruflichen Grundbildung, der Höheren Berufsbildung und der Hochschulbildung anerkannt werden? Diesen Weg vertritt Travail.Suisse. Der Bund hat die Regeln der Anerkennung zu definieren¹⁵, wie Weiterbildungsleistungen im formalen System (Grundbildung, Höhe-

⁹ Vgl. Expertenbericht Reichenau, S. 15.

¹⁰ Vgl. Travail.Suisse, S. 12 (Punkt 3.4) und S. 24 (Punkt 8.6)

¹¹ Vgl. Expertenbericht Reichenau S.11, Art. 4.3e.

¹² Vgl. Travail.Suisse S. S1.17f. (Punkt 6.3).

¹³ Vgl. Expertenbericht Reichenau S. 14, Art. 10.

¹⁴ „Mehrere Kompetenznachweise können zu einem WB-Abschluss führen. Ein WB-Abschluss ist ein Attest oder einem Fähigkeitszeugnis in der Berufsbildung vergleichbar. Er bekundet, dass die Inhaberin oder der Inhaber für bestimmte Aufgaben qualifiziert ist. Damit die Abschlüsse zu Ausweisen werden, die in der Erwerbswelt Nutzen versprechen, sollen sie unter zu bestimmenden Voraussetzungen eidgenössisch anerkannt werden können.“ Vgl. Expertenbericht Reichenau, S. 14.

¹⁵ Vgl. Travail.Suisse, S. 24 (Punkt 8.3)

re Berufsbildung und Hochschulbildung) anerkannt werden und nicht, wie Weiterbildungsleistungen zu einem eidgenössischen Weiterbildungsabschluss führen können.

Aus Sicht von Travail.Suisse kann (zweitens) der Weiterbildungsbereich unabhängig vom Bund eigene Referenzrahmen aufbauen, die einen Wert auf dem Arbeitsmarkt haben. Solche gibt es zum Beispiel schon im Sprachbereich oder im Informatikbereich. Nach Travail.Suisse soll der Bund das Recht haben, den Aufbau von weiteren Referenzrahmen auch in anderen Weiterbildungsbereichen zu unterstützen und damit die Vergleichbarkeit von Kompetenznachweisen zu erhöhen¹⁶. Solche Abschlüsse sind dann aber keine eidgenössischen Abschlüsse, sondern Weiterbildungsabschlüsse, die von den Trägern der Referenzrahmen verantwortet werden.

Bruno Weber-Gobet, Leiter Bildungspolitik, Travail.Suisse

Travail.Suisse, Hopfenweg 21, 3001 Bern, Tel. 031 370 21 11, info@travailsuisse.ch,
www.travailsuisse.ch

¹⁶ Vgl. Travail.Suisse, S. 23 (Punkt 8.2.2).